

EMBARGO 17. MAI 2017, 23.00 UHR

Ein Kind ist ein Kind

UNICEF-Bericht zu den Risiken, denen Kinder während Flucht und Migration ausgesetzt sind – Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Weltweit sind Millionen Kinder auf der Flucht vor Gewalt, Konflikten, Naturkatastrophen und extremer Armut. Hunderttausende von ihnen sind allein, ohne ihre Eltern unterwegs. Wenn die legalen Flucht- und Migrationswege verschlossen sind, weichen sie oftmals auf gefährliche Routen aus. Dabei setzen sie auch auf die Hilfe von Schleusern, um Landesgrenzen zu überqueren. Während Staaten versuchen Flucht und Migration zu regulieren, werden die Not und die international anerkannten Rechte dieser Kinder und Jugendlichen immer wieder ignoriert.

Der aktuelle UNICEF-Report „A child is a child: Protecting children on the move from violence, abuse and exploitation“ dokumentiert die Gefahren, denen Mädchen und Jungen weltweit auf Flucht- und Migrationsrouten ausgesetzt sind. Die bestehenden Kinderschutzsysteme der Transit- und Zielländer weisen hier teilweise große Lücken auf. Vor dem G7-Gipfel am 26. und 27. Mai in Italien ruft UNICEF die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs dazu auf, Kinder und Jugendliche auf der Flucht und in der Migration besser zu schützen und hat hierzu einen Sechs-Punkte-Plan vorgelegt.

Flucht und Migration von Kindern – globale Trends

Im Jahr 2015 lebten 31 Millionen Kinder unter 18 Jahren außerhalb ihres Geburtslandes, darin eingeschlossen zehn Millionen Kinder auf der Flucht und eine Million Kinder, die fernab ihrer Heimat Asyl suchten. Weitere 17 Millionen Kinder und Jugendliche sind vor Krieg und Gewalt innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht (Binnenvertriebene).

Immer mehr Mädchen und Jungen machen sich allein auf den Weg. In einigen Ländern ist der Anteil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sprunghaft angestiegen: So waren im Jahr 2016 und in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 92 Prozent aller Flüchtlingskinder, die Italien über den Seeweg erreichten, ohne ihre Familie unterwegs. Die meisten von ihnen kamen aus Eritrea, Gambia, Nigeria, Ägypten und Guinea. 2015 waren es noch 75 Prozent.

Insgesamt hat sich die Zahl der unbegleiteten und von ihren Eltern getrennten Kindern in den Jahren 2015 und 2016 gegenüber 2010 und 2011 fast verfünffacht: Während in den letzten zwei Jahren etwa 300.000 unbegleitete und von ihren Eltern getrennte Kinder in 80 Ländern registriert wurden, waren es 2010 und 2011 nur 66.000 Kinder. Allein in Europa stellten in den Jahren 2015 und 2016 rund 170.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl.

Die Gründe für die Flucht und Migration von Kindern und Jugendlichen sind vielfältig: Viele verlassen ihr Zuhause aufgrund von Gewalt, bewaffneten Konflikten und Verfolgung. Sie fliehen aus Angst vor einer Verheiratung im Kindesalter, Genitalverstümmelung,

geschlechtsbezogener Gewalt oder Zwangsrekrutierung, aber auch vor den Folgen des Klimawandels und Naturkatastrophen, vor Armut oder Diskriminierung. Auch familiäre Gründe – wie der Tod der Eltern – spielen eine große Rolle. Über allem steht die Hoffnung auf Sicherheit, den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten und vor allem die Chance auf eine Kindheit.

Möglichkeiten der legalen Migration stark eingeschränkt

Während die Zahl der geflüchteten oder migrierten Kinder weltweit steigt und Konflikte immer länger andauern, sind die Möglichkeiten der legalen Migration sehr begrenzt: Nur wenige Kinder und ihre Familien haben die Aussicht auf eine Familienzusammenführung. Oftmals ist dieser Prozess mit langen Wartezeiten oder mit Einschränkungen wie Einkommens- oder Altersgrenzen oder einem sehr engfassten Familienbegriff verbunden. Auch humanitäre Aufnahmeverfahren oder Resettlement-Programme erfüllen nicht wie ursprünglich geplant den Zweck einer dauerhaften Lösung und die Kapazitäten decken bei weitem nicht den Bedarf. So schätzt das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, dass in diesem Jahr schätzungsweise 1,19 Millionen Flüchtlinge in einem Drittland neuangesiedelt werden müssten. Es wird allerdings erwartet, dass das diesjährige Kontingent nur 170.000 Plätze umfasst.

Marys* Martyrium in Italien

Mit 17 Jahren verließ Mary ihre Heimat Nigeria, um einem Leben ohne Perspektiven zu entfliehen. Auf ihrer Flucht lernte sie Ben kennen, der behauptete, er würde in Europa Menschen kennen, die ihr helfen könnten einen Job zu finden und der anbot, ihre Ausgaben in Höhe von 25.000 Euro vorzustrecken. Als sie in Libyen ankam, stellte sich jedoch schnell heraus, dass all diese Versprechungen nicht stimmten. Während der drei Monate, die sie in Gharian, einer Stadt im Nordwesten Libyens verbrachte, wurde sie vergewaltigt und später nach Tripolis und Sabratha verschleppt. Dort wurde sie in einem Haus wie eine Gefangene gehalten – ohne Essen und jeglichen Kontakt nach Außen. „Ich wollte einfach nur weg, aber ich konnte nicht. Ich hatte kein Geld, kein Telefon. Ich wusste nicht mal, wo ich war“, erzählt Mary.

Als sie endlich auf einem Boot nach Italien saß, mussten Mary und alle weiteren Insassen von der italienischen Küstenwache gerettet werden. Ein anderes Mädchen, das zum zweiten Mal auf dem Weg nach Europa war, nachdem sie bereits einmal abgeschoben wurde, erzählte Mary, dass sie jetzt als Prostituierte arbeiten müssten. Aus Angst wandte sich Mary an die Mitarbeiterin einer Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Obwohl sie in einer Einrichtung für Opfer von sexueller Ausbeutung untergebracht wurde, war dies nicht das Ende ihrer schrecklichen Erlebnisse.

„Jetzt kommen die Leute, die für meine Reise bezahlt haben, zu meiner Mutter und sagen zu ihr, dass es Zeit sei zu bezahlen“, flüstert sie. „Vor zwei Wochen sind sie zu ihr gekommen und haben sie gefesselt. Sie haben ihr Angst gemacht und gedroht, ihr etwas sehr schlimmes anzutun, wenn ich nicht bezahle. Immer wenn sie mich jetzt anruft, weiß ich nicht, was ich sagen soll. Ich bin so traurig und fühle mich so unter Druck gesetzt und ich bin so müde. Ich weiß nicht, was ich tun soll.“

* Name geändert

Maßnahmen, die einige Staaten unternehmen, um ihre Bürger von der Migration abzuhalten, können indirekt eine illegale Ein- oder Ausreise begünstigen und damit unter anderem auch die Schleuserindustrie. Obwohl beispielsweise die Migration für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Äthiopien verboten ist, können sich Jungen und Mädchen Papiere mit falschem Geburtsdatum besorgen.

Auf der anderen Seite wollen viele Staaten zunehmend ihre Grenzen schützen und errichten zum Beispiel Mauern, schleppen Flüchtlingsboote zurück auf das offene Meer, stoppen Rettungsmaßnahmen oder ermutigen Grenzschrützer dazu, Migranten mit Gewalt zurückzudrängen. Andere Hürden sind rechtlicher Natur, wie die Einführung sogenannter sicherer Herkunftsländer, deren Staatsangehörige kein Recht auf Asyl haben.

Abseits sicherer Flucht- und Migrationswege sind Kinder großen Gefahren ausgesetzt

Wenn die Wege für eine legale Einreise verschlossen sind, legen Kinder und ihre Familien ihr Schicksal in die Hände von Schleusern und Menschenhändlern. So können sie schnell in eine äußerst gefährliche Situation geraten. Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt sind in den kriminellen Netzwerken von Schleusern und Menschenhändlern weit verbreitet. Gleichgültig gegenüber den Gefahren setzen diese ihre Opfer auf seeuntaugliche Boote oder zwingen sie in See zu stechen.

Die Risiken auf den Flucht- und Migrationswegen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, zum Beispiel von der Nationalität der Kinder und Jugendlichen, ihrem Aufenthaltsstatus oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit. Unbegleitete Kinder sind besonders großen Gefahren ausgesetzt. Doch auch die Familie kann die Kinder nicht immer vor Gewalt, Missbrauch oder Ausbeutung schützen. Mädchen sind häufig Diskriminierung, geschlechtsbezogener Gewalt und sexueller Ausbeutung ausgesetzt, während Jungen oftmals Opfer von Zwangsrekrutierung, Folter oder sexueller Gewalt werden.

Seit 2014 hat die Internationale Organisation für Migration den Tod von weltweit mehr als 21.000 Migranten registriert. Wie viele Kinder darunter waren, ist nicht bekannt. Zu den gefährlichsten Fluchtrouten zählt die zentrale Mittelmeerroute: Allein im Jahr 2016 starben bei der Bootspassage 4.579 Menschen – darunter schätzungsweise 700 Kinder.

Alarmierend ist auch das Ausmaß, in dem Minderjährige dort ausgebeutet werden: Im Rahmen einer Umfrage der Internationalen Organisation für Migration berichteten im vergangenen Jahr 75 Prozent der insgesamt 1.600 interviewten Flüchtlingskindern im Alter von 14 bis 17 Jahre, die Italien über den Seeweg erreichten, von Fluchterlebnissen, die nahelegen, dass sie Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung wurden. Bei Befragungen in 2017 stieg der Anteil sogar auf 91 Prozent.

Grenzschießungen und das aggressive Zurückdrängen von Flüchtlingen und Migranten an Landesgrenzen führen dazu, dass Kinder und ihre Familien in Ländern stranden, in denen sie nicht bleiben wollen, in denen sie nicht willkommen sind oder wo sie keine Perspektiven haben. Weil sie weder weiterreisen noch in ihre Heimatländer zurückkehren können, leben sie in permanenter Unsicherheit.

Bei geflüchteten und migrierten Kindern in Griechenland und in australischen Aufnahmeeinrichtungen auf Nauru wurde nachgewiesen, dass eine solche Situation zu erheblichen psychischen Problemen wie Angstzuständen, Verzweiflung und selbstverletzendem Verhalten führen kann.

Je länger Kinder und Jugendliche auf Migrations- und Fluchtwegen unterwegs sind, desto größer ist die Gefahr, Opfer von Menschenhandel und anderen Formen der Ausbeutung zu werden. So berichteten Migranten auf der östlichen Mittelmeerroute, die länger als ein Jahr unterwegs sind, dreimal so oft (48 Prozent) über derartige Erlebnisse als die übrigen Migranten auf der Route. Verzögerungen auf der Reise führen oftmals dazu, dass den Kindern und Jugendlichen das Geld ausgeht und sie nicht wissen, wovon sie leben sollen. Berichten zufolge sehen zum Beispiel zahlreiche Flüchtlingskinder in Athen den einzigen Ausweg aus ihrer Situation in der Kriminalität oder der Prostitution.

Es kommt auch vor, dass Kinder, die in den Händen von Schleusern oder Menschenhändlern sind, selbst für diese tätig werden müssen. Opfer von sexueller Ausbeutung werben beispielweise neue Opfer an, um ihre Schulden zurückzuzahlen oder ihrer eigenen Ausbeutung ein Ende zu setzen. Verzweifelte Familien schicken ihre Kinder arbeiten, um für das Nötigste wie Miete, Essen und Kleidung zu sorgen – insbesondere dann, wenn die Eltern keiner legalen Arbeit nachgehen können oder keine Arbeit finden. In Jordanien, im Libanon und der Türkei stellen Ladenbesitzer, Bauern und Fabrikbesitzer Flüchtlingskinder aus Syrien ein, weil sie ihnen einen niedrigeren Lohn zahlen können.

Kinder auf der Flucht versuchen häufig von den Behörden unentdeckt zu bleiben, zum Beispiel aus Angst missbraucht, verhaftet oder abgeschoben zu werden. Schätzungen zufolge werden in mehr als 100 Ländern Kinder aufgrund ihres Aufenthaltsstatus inhaftiert. Es ist nicht bekannt, wie viele Heranwachsende von Haft und Internierung betroffen sind. Kinder können dabei sowohl physische als auch psychische Traumata erleiden, die sich nicht nur unmittelbar, sondern auch langfristig auf ihr gesamtes Leben auswirken.

Eine Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen erfolgt oftmals im Rahmen ihrer Abschiebung. Kinder in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken, kann durchaus mit ihren Rechten im Einklang stehen. Voraussetzung ist aber, dass eine sorgfältige Prüfung im Sinne des Kindeswohls ergeben hat, dass diese Lösung dauerhaft die beste für das Kind ist und vor Ort Risiken wie Gewalt oder Verfolgung ausgeschlossen sind. Dazu gehört auch, dass bereits im Vorfeld die Familie des Kindes ausfindig gemacht wird. Zudem muss auch gewährleistet sein, dass die Betroffenen gegen jede Entscheidung Einspruch erheben können.

Diese Schutzmaßnahmen finden in der Praxis allerdings selten Anwendung. So werden beispielsweise der Grundsatz, Menschen nicht in Staaten abzuschieben, in denen ihnen Verfolgung oder ernsthafte Gefahren drohen (Non-refoulement-Gebot), und das Verbot von kollektiven Ausweisungen (collective expulsions) ohne angemessene Einzelfallprüfung nicht immer gewahrt. Viele Kinder haben zudem keinen ausreichenden Zugang zu einem Rechtsbeistand. Während eine Reihe von Ländern unbegleitete Flüchtlinge oder Migranten vor ihrem 18. Geburtstag nicht abschieben, erfahren Kinder, die mit ihren Eltern eingereist sind, diesen Schutz nicht. Das Wohl dieser Kinder wird selten unabhängig vom Fall der Eltern geprüft. Wenn niemand den Kindern, die in ihr Heimatland abgeschoben werden, bei der Reintegration hilft oder die Unterstützung nicht ausreichend ist, versuchen viele erneut das Land zu verlassen.

Flüchtlingskinder sind in erster Linie Kinder – sie müssen besser geschützt werden

Wenn Kinder auf der Flucht nicht ausreichend geschützt werden, kann dies verheerende Folgen für ihr Leben haben. Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung können ihre körperliche und geistige Entwicklung sowie ihre Lernfähigkeiten beeinträchtigen und damit ihre Zukunftsperspektiven einschränken.

Die UN Kinderrechtskonvention gilt für jedes Kind – überall auf der Welt und unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus oder seiner Nationalität. Doch in der Praxis werden weltweit die Rechte von Kindern aufgrund des Aufenthaltsstatus vielfach ignoriert. Wie diese Kinder behandelt werden, unterscheidet sich stark von Land zu Land. Allzu oft müssen ärmere Länder die Verantwortung hierfür tragen. Selbst wenn Kinder vor Gewalt und Konflikten fliehen, erhalten sie oftmals nicht den Schutz, den sie brauchen, insbesondere in Ländern, in denen der Flüchtlingsschutz gesetzlich oder in der Praxis eingeschränkt ist. Zudem schließen Kinderschutzsysteme in den Transit- und Ankunftsändern geflüchtete oder migrierte Kinder vielfach nicht ein.

Staaten sind jedoch dafür verantwortlich, die Rechte aller Kinder zu wahren und sie innerhalb ihrer Grenzen zu schützen. Durch die Unterzeichnung der New Yorker Erklärung zur weltweiten Flucht und Migration im September 2016 haben die UN-Staaten die dringenden Bedürfnisse von Menschen auf der Flucht erkannt – besonders von unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern. In der dort beschlossenen Ausarbeitung eines internationalen Rahmenwerks zu Flucht und Migration (Global Compacts) müssen daher die Rechte von Kindern vorrangig verankert werden.

Um geflüchtete und migrierte Kinder zu schützen, fordert UNICEF:

- **Kinder auf der Flucht müssen vor Ausbeutung und Gewalt geschützt werden:** UNICEF fordert, die sicheren und legalen Wege der Migration und der Flucht für Kinder zu erweitern. Der Kampf gegen Menschenhandel, die Stärkung von Kinderschutzsystemen und der verbesserte Zugang zu Informationen können dazu beitragen, Gefahren für Kinder auf der Flucht und für migrierte Kinder zu verringern. Kinder und ihre Familien dürfen nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden, wenn sie dort in Lebensgefahr sind oder ihnen Verfolgung droht.
- **Die Inhaftierung von geflüchteten oder migrierten Kindern muss aufhören:** UNICEF fordert den konsequenten Auf- und Ausbau praktischer Alternativen zur Inhaftierung von Kindern, zum Beispiel durch die Unterbringung von unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern in Pflegefamilien, betreuten Wohnprojekten oder anderen familien- oder gemeindenahen Wohngemeinschaften. Kinder sollten nicht in Einrichtungen für Erwachsene festgehalten werden.
- **Die Einheit der Familie muss gewahrt bleiben und jedes Kind braucht einen legalen Aufenthaltsstatus:** UNICEF fordert strengere Richtlinien, die Kinder davor schützen, an Grenzübergängen von ihren Eltern und anderen Familienmitgliedern getrennt zu werden. Verfahren zur Zusammenführung von Kindern mit ihren Familien in den Zielländern müssen beschleunigt werden. Alle Kinder brauchen offizielle

Ausweis- und Identifikationsdokumente und müssen bei der Geburt registriert werden.

- **Alle geflüchteten und migrierten Kinder müssen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung haben:** Regierungen, Gemeinden und der Privatsektor müssen gemeinsam mehr dafür tun, um Bildung, Gesundheit, eine Unterkunft, Ernährung sowie Wasser- und Sanitätsversorgung für Kinder, die sich außerhalb ihrer Heimat befinden, zu gewährleisten. Der Aufenthaltsstatus eines Kindes darf hierbei keine Barriere für den Zugang oder die Inanspruchnahme grundlegender sozialer Dienstleistungen sein.
- **Die Ursachen für die Flucht von Kindern und Jugendlichen aus ihrer Heimat müssen bekämpft werden:** UNICEF fordert, Mädchen und Jungen stärker vor Konflikten zu schützen und die Ursachen von Gewalt und extremer Armut in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Dazu gehören ein besserer Zugang zu Bildung, ein Ausbau der Gesundheits- und Kinderschutzsysteme, soziale Unterstützung sowie die Förderung von Toleranz und friedlichen Konfliktlösungen. Für die Heranwachsenden sind Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten entscheidend, um in ihrer Heimat eine Perspektive zu haben.
- **Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung müssen bekämpft werden:** Jeder muss einen Beitrag dazu leisten, dass geflüchtete Kinder in ihrem neuen Zuhause ankommen können. UNICEF ruft lokale Entscheidungsträger, religiöse Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, Vertreter der Medien und des Privatsektors dazu auf, Verantwortung zu übernehmen und dabei zu helfen, einer feindlichen Stimmung gegenüber Flüchtlingen entgegenzuwirken und die Solidarität und das Verständnis füreinander zu erhöhen. Regierungen sollten härtere Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Marginalisierung ergreifen.

G7-Gipfel in Italien

Am 26. und 27. Mai 2017 findet in Italien das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G7 statt. Im Mittelpunkt des Treffens werden die Themen Weltwirtschaft, Außenpolitik, Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen sowie ökologische Nachhaltigkeit stehen. UNICEF fordert die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs dazu auf, das Thema Migration und die damit verbundenen Gefahren für Millionen von geflüchteten und migrierten Kindern in ihren Gesprächen nicht außen vor zu lassen. Die G7-Staaten müssen ihrer internationalen Verantwortung für jedes dieser Kinder nachkommen und den von UNICEF entwickelten Sechspunkte-Plan zum Schutz von geflüchteten und migrierten Kindern in die Tat umsetzen.

Der englischsprachige Bericht „A child is a child: Protecting children on the move from violence, abuse and exploitation“ steht ab dem 17. Mai 2017, 23.00 Uhr unter www.unicef.de/presse zum Download bereit.

Aktuelles Foto- und Videomaterial unter:
<http://weshare.unicef.org/Package/2AMZIFDKRWO>

Pressekontakt bei UNICEF Deutschland: Rudi Tarneden, Telefon 0221/93650-315, presse@unicef.de